

# Antrag

**Initiator\*innen:** Moritz Bührmann (KV Kiel), Maya Diedrichs (KV Kiel), Florian Juhl (KV Pinneberg), Jörn Pohl (KV Kiel)

**Titel:** Globalalternative - Für ein verpflichtendes  
Gesellschaftsjahr

## Antragstext

1 Frieden, Freiheit und Stabilität in Europa sind keine Selbstverständlichkeit.  
2 Deutschland steht zunehmend vor Bedrohungen durch Desinformation, hybride  
3 Angriffe und internationale Krisen. Auch durch das unwägbare Agieren vormals  
4 verlässlicher Partner sind wir gezwungen, mehr Verantwortung übernehmen zu  
5 müssen - für uns selbst, für unsere Gesellschaft und für die Zukunft Europas.

6 Autoritäre Staaten, insbesondere Wladimir Putins Russland nehmen eine immer  
7 aggressivere Haltung gegenüber uns ein. Jeden Tag erleben wir Angriffe auf  
8 unsere kritische Infrastruktur, unsere Industrie und demokratische  
9 Institutionen. Russische Kampfdrohnen und Kampfjets verletzen regelmäßig  
10 europäischen Luftraum. Flughäfen werden behindert, und Spionagedrohnen kreisen  
11 über Militärstützpunkten und der kritischen Infrastruktur. Es ist bereits bei  
12 uns in Schleswig-Holstein zu Sabotagaktionen an LNG-Pipelines gekommen. Die  
13 Spitzen unserer Sicherheitsbehörden, der Bundeswehr und der Nachrichtendienste  
14 sprechen mit Blick auf ein zunehmend aggressives Agieren Russlands davon, dass  
15 wir uns längst in einem hybridem Krieg befinden.

16 Schon in Kürze könnte Russland unter Vladimir Putin in der Lage sein, einen  
17 NATOBündnispartner anzugreifen. Wir müssen uns daher jetzt in die Lage  
18 versetzen, Russland effektiv abzuschrecken.

19 Während wir im Osten bedroht werden, ist im Westen auf unseren stärksten  
20 Verbündeten, die USA, derzeit nur noch sehr bedingt Verlass. Der Zerfall  
21

22 demokratischer Institutionen hat sich seit dem Amtsantritt von Donald Trump  
23 massiv beschleunigt. Wir dürfen nicht darauf vertrauen, dass die USA wieder auf  
24 den Kurs der liberalen Demokratien zurückkehren. Unsere mangelnde eigene  
25 Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit macht uns erpressbar, wie man im  
Zollstreit mit der EU gesehen hat.

26 Sicherheit bedeutet jedoch weit mehr als nur militärische Stärke. Sie umfasst  
27 zivilen Konfliktenschutz, Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und die  
28 Förderung einer starken, engagierten Zivilgesellschaft, die möglichst resilient  
29 ist.

30 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein spricht sich daher für die Einführung  
31 eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres für junge Menschen aus. Wir fordern  
32 die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf, auf eine verfassungs- und  
33 völkerrechtskonforme Umsetzung hinzuwirken. Das Gesellschaftsjahr kann nach  
34 eigener Wahl in folgenden Bereichen abgeleistet werden:

- 35 • Soziale Dienste
- 36 • Kulturelle Dienste
- 37 • Ökologische Dienste
- 38 • Dienste im Bevölkerungsschutz
- 39 • Wehrdienst

40 Diese, der Allgemeinheit zu Gute kommenden Dienste sollen, soweit möglich, auch  
41 international abgeleistet werden können, um Austausch, Weltöffnenheit und  
42 interkulturelles Lernen zu stärken. Aufgrund besonderer Umstände kann von der  
43 Pflicht auf Antrag befreit werden. Darüber hinaus soll freiwilliges Engagement  
44 über alle Altersgruppen hinweg gefördert werden.

45 Durch die verpflichtende Teilnahme am Gesellschaftsjahr werden nicht nur  
46 persönliche Kompetenzen gestärkt, sondern die Dienstleistenden begegnen auch  
47 Menschen mit unterschiedlichen Lebensrealitäten und Kulturen. Dies liefert einen  
48 wichtigen Beitrag zum Abbau von Fremdenhass, Faschismus und Vorurteilen und  
49 fördert gleichzeitig gesellschaftlichen Zusammenhalt, Demokratieverständnis und  
50 Solidarität.

51 Wir sind uns den massiven Belastungen für junge Menschen, gerade in den

52 vergangenen Jahren, bewusst. Die junge Generation hat in den letzten Jahren  
53 überproportional die Belastungen der Corona Pandemie getragen. Die Schließungen  
54 von (beruflichen) Schulen und Universitäten haben zur Vereinsamung junger  
55 Menschen geführt. Eine Aufarbeitung oder gar Entschädigung findet bis heute nur  
56 unzulänglich statt.

57 Um die junge Generation nicht zu verlieren, muss das Gesellschaftsjahr mit einer  
58 Entschädigung verknüpft werden. Diese soll die Belastungen durch das  
59 Gesellschaftsjahr ausgleichen. Wir können von der jungen Generation keinen  
60 Dienst erwarten, ohne dass die Gesellschaft ihnen dafür echte Gegenleistungen  
61 gewährt.

62 Daher setzt sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein des Weiteren ein für

63 1. die angemessene Zahlung eines Unterhalts, damit während des  
64 Gesellschaftsjahres keine Abhängigkeit von familiärer Unterstützung besteht,

65 2. einen Wohnkostenausgleich in Gebieten mit einem angespannten Mietmarkt für  
66 Dienstleistende,

67 3. einen kostenlosen ÖPNV für Dienstleistende,

68 4. die Befreiung vom Rundfunkbeitrag der Dienstleistenden,

69 5. freien Eintritt in staatlich getragenen bzw. -geförderten Einrichtungen (wie  
70 z. B. in Museen und Schwimmbädern) für Dienstleistende,

71 6. eine institutionalisierte Mitbestimmung der Dienstleistenden bei der  
72 Ausgestaltung des Gesellschaftsjahres in Form von einer von ihnen gewählten  
73 Vertretung,

74 7. vielfältige Beratungs- und Informationsangebote,

75 8. die Anrechnung von einschlägigen Kompetenzen in Bildung und Ausbildung (wie  
76 z. B. Ausbildungszeit, Wartesemestern etc.),

77 9. ausreichende Mittel für die Träger des Gesellschaftsjahres und

78 10. die Sicherstellung von inklusiven Zugängen, Barrierefreiheit und  
79 diversitätssensible Ansprache durch zusätzliche Mittel.

## Unsere Sicherheit ist in Gefahr

Frieden und Freiheit in Europa sind nicht selbstverständlich. Deutschland hat neue Gefahren. Zum Beispiel falsche Nachrichten und versteckte Angriffe. Oder Streit in der Welt. Wir müssen mehr Verantwortung übernehmen. Für uns selbst, für unsere Gesellschaft und für Europa.

Russland ist eine Gefahr. Jeden Tag gibt es Angriffe im Internet. Die Angriffe sind gegen wichtige Einrichtungen. Wichtige Einrichtungen sind zum Beispiel Stromwerke oder Krankenhäuser. Russische Flugzeuge und Drohnen fliegen unerlaubt in unserem Luftraum.

Flughäfen werden gestört. Spionage-drohnen fliegen über Stützpunkten vom Militär. Putin könnte bald unsere Partnerländer angreifen. Partnerländer sind Länder, die mit uns befreundet sind. Wir müssen Putin jetzt abschrecken. Abschrecken heißt: Wir müssen so stark sein, dass er Angst vor einem Angriff hat.

Im Osten ist die Gefahr aus Russland. Im Westen ist unser stärkster Partner die USA. Aber wir können uns nicht mehr auf die USA verlassen. Wir müssen selbst stärker werden. Wenn wir nicht stark sind, können andere uns unter Druck setzen.

Sicherheit ist mehr als eine starke Armee. Sicherheit bedeutet auch: Streit ohne Waffen lösen. Anderen Ländern helfen, sich zu entwickeln. Menschen in Not helfen. Und dass viele Menschen in der Gesellschaft freiwillig mitmachen.

## Der Vorschlag: Das Gesellschafts-Jahr

Die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Schleswig-Holstein macht einen Vorschlag. Sie wollen ein Gesellschafts-jahr für junge Menschen. Das Gesellschafts-jahr soll eine Pflicht sein. Junge Menschen können selbst auswählen, wo sie den Dienst machen.

Man kann wählen: Im sozialen Bereich. Zum Beispiel in der Pflege. Im Bereich Kultur. Zum Beispiel im Museum. Im Umweltschutz. Beim Bevölkerungsschutz. Zum Beispiel beim THW. Oder bei der Bundeswehr.

Man soll den Dienst auch in einem anderen Land machen können. Dort lernt man neue Menschen und Kulturen kennen. Wenn man wichtige Gründe hat, muss man den Dienst nicht machen. Ältere Menschen sollen auch freiwillig helfen. Freiwillige Hilfe soll gefördert werden.

Bei dem Gesellschafts-jahr lernt man viel. Man trifft Menschen, die ganz anders leben. Das hilft gegen Hass auf Fremde und gegen Vorurteile. Es stärkt den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Es ist gut für die Demokratie.

## Was junge Menschen dafür bekommen sollen

Wir wissen: Das ist eine schwere Belastung für junge Menschen. Junge Menschen hatten es in der Corona-Zeit sehr schwer. Schulen und Universitäten waren geschlossen. Viele junge Menschen waren oft allein. Sie haben dafür bisher zu wenig Hilfe bekommen.

Das Gesellschaftsjahr muss einen Ausgleich haben. Dieser Ausgleich soll die Belastung wieder gut machen. Wir können keinen Dienst von jungen Menschen erwarten. Jedenfalls nicht ohne eine echte Gegenleistung.

Deshalb fordern die GRÜNEN in Schleswig-Holstein:

1. Die Dienstleistenden sollen genug Geld zum Leben bekommen. Sie sollen nicht vom Geld ihrer Eltern abhängig sein.
2. In teuren Städten soll es extra Geld für die Miete geben.
3. Die Dienstleistenden sollen kostenlos Bus und Bahn fahren.
4. Sie sollen keinen Rundfunkbeitrag bezahlen müssen.
5. Sie sollen kostenlos in Museen oder Schwimmbäder gehen dürfen. Das gilt für Einrichtungen vom Staat.
6. Die Dienstleistenden sollen ein Recht zum Mitreden haben. Sie sollen selbst bestimmen, wie das Jahr abläuft. Dafür sollen sie eigene Sprecher wählen.
7. Es muss viele Angebote für Beratung und Infos geben.
8. Das Jahr soll für die Ausbildung oder das Studium anerkannt werden. Zum Beispiel als Wartesemester.
9. Die Orte, wo man den Dienst macht, brauchen genug Geld.
10. Alle sollen mitmachen können. Die Plätze müssen barrierefrei sein.

### **Unterstützer\*innen**

Jan Kürschner (KV Kiel), Sebastian Burmeister (KV Plön), Hans-Joachim Schlüter (KV Flensburg), Katrin Stange (KV Pinneberg), Aminata Touré (KV Neumünster), Martina Leverenz (KV Segeberg), Uta Bergfeld (KV Schleswig-Flensburg), Karl-Martin Hentschel (KV Plön), Claudia Linker (KV Flensburg), Stephan Wisotzki (KV Lübeck), Oliver Lorentzen (KV Pinneberg), Dirk Behrens (KV Rendsburg-Eckernförde), Silke Schiller-Tobies (KV Kiel)